

Die Haager Gruppe: Kampf gegen Israels Straflosigkeit

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Abby Martin (AM): Willkommen bei The Empire Files. Es gibt einen sehr wichtigen neuen internationalen juristischen Versuch, Israel für seinen Völkermord in Gaza zur Rechenschaft zu ziehen. Bei mir zu Gast sind Varsha Gandikota-Nellutla, Vorsitzende der The Hague Group, und Chrispin Phiri, Sprecher des südafrikanischen Außenministers. Vielen Dank, dass Sie beide bei The Empire Files dabei sind. Varsha, sprechen Sie bitte über die The Hague Group und warum sie gegründet wurde.

Varsha Gandikota-Nellutla (VGN): Ja, tatsächlich, begannen die Gespräche rund um The Hague Group ein Jahr nach Beginn des Völkermords am palästinensischen Volk mit der Erkenntnis, dass dies sicherlich nicht noch länger andauern konnte. Wie einer der Anwälte im südafrikanischen Fall vor dem Internationalen Gerichtshof ausführte, ist dies der erste Völkermord in der Geschichte, bei dem die Opfer ihre Vernichtung in Echtzeit über unsere Telefone und Fernseher übertragen. Und auch nach einem Jahr ist die Situation unverändert und hat sich sogar auf ein unvorstellbares Maß beschleunigt. Und auf jeden Appell und jede Forderung haben wir keine Reaktion erhalten, richtig? Es hat keinen Sinn, die Vereinigten Staaten zu bitten, etwas zu unternehmen, von dem wir wissen, dass sie es nicht tun werden. Es hat keinen Sinn, Briefe und Forderungen an die israelische Regierung zu richten, um Maßnahmen zu ergreifen, von denen wir wissen, dass sie sie nicht ergreifen wird. Wir als Weltgemeinschaft müssen also andere Wege finden, um zu reagieren, auch außerhalb unserer bestehenden internationalen Institutionen, die wir bereits in Anspruch genommen haben. Wir haben versucht, den Internationalen Gerichtshof mit einer Rechtssprechung zu beauftragen, die besagt, dass die seit vielen Jahrzehnten andauernde Besetzung Palästinas durch Israel eindeutig illegal ist und jedem Staat spezifische rechtliche Verpflichtungen auferlegt, um das Ende der israelischen Besetzung Palästinas sicherzustellen. Und dennoch haben wir keine Reaktion gesehen. Wir haben die dreiste Missachtung durch mehrere europäische Nationen erlebt. Wir sehen das Urteil des Internationalen Strafgerichtshofs vom November 2024 gegen Benjamin Netanjahu und Yoav Gallant. Und wieder einmal sehen wir, wie entweder Länder Regeln über Straflosigkeit und Immunität für Staatsoberhäupter aufstellen oder die Zuständigkeit des Gerichts offen in Frage stellen und anfechten oder einfach erklären, dass

sie den Anweisungen des Gerichts nicht Folge leisten würden und Netanjahu beispielsweise eine Bühne in der Schweiz bieten. In diesem Zusammenhang sind Dinge, die wir für selbstverständlich hielten, nicht mehr selbstverständlich, und Dinge, die wir für heilig hielten, nicht mehr heilig. Wir sind gezwungen zu fragen, wie wir sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene durch kollektives Handeln die Arterien der Völkermordmaschine ganz konkret abtrennen können. Die The Hague Group besteht aus neun Nationen aus drei Kontinenten: Lateinamerika und die Karibik, Afrika und Asien haben sich zusammengeschlossen, was für uns übrigens nur ein erster Schritt ist. Wir glauben keineswegs, dass dies eine begrenzte Anzahl an Ländern ist, die sich zu diesen Maßnahmen verpflichten können, aber es ist nur ein Beispiel für Möglichkeiten, wenn wir unsere rechtlichen und diplomatischen Maßnahmen koordinieren, um Israels Verstöße gegen das Völkerrecht einzudämmen, die derzeit von den Vereinigten Staaten und europäischen Nationen unterstützt werden und von den internationalen Institutionen, die wir geschaffen haben, nicht gestoppt werden können.

AM: Diese Länder ergreifen diplomatische, wirtschaftliche und politische Maßnahmen, um eine Rechenschaftspflicht Israels nach internationalem Recht zu gewährleisten. Können Sie uns sagen, welche Maßnahmen das sind?

Chrispin Phiri (CP): Ich bin mir sicher, dass Varsha speziell zu den Maßnahmen sprechen kann, aber die Idee ist eine ziemlich umfassende und simple: sich in einer Zeit, in der das Völkerrecht stark angegriffen wird, dem Völkerrecht zu verpflichten. Die Idee, sich einfach dazu zu verpflichten und zu sagen, dass wir im Einklang mit unseren Verpflichtungen handeln werden, ist das, was diese Gruppe so bedeutsam macht. Und deshalb ist Südafrika Teil davon, weil das Völkerrecht ein Grundpfeiler unserer Außenpolitik ist. Und wir glauben, dass es wichtig ist, sich konsequent daran zu halten. Und natürlich gibt es diese Länder, die in der Rechtswelt untergeordnet sind, richtig? Laut dem Westen sind dies die Länder, für die das Völkerrecht geschaffen wurde. Wir haben diese Institutionen vom Westen geerbt und plötzlich sind wir diejenigen, die diese Institutionen so gebrauchen, wie sie gebraucht werden sollten. Die Tatsache, dass wir uns dazu verpflichtet haben, ist eine sehr große politische Verpflichtung sowie eine ziemlich bedeutende.

VGN: Wir haben also mit einer Maßnahme begonnen, die auf den ersten Blick sehr naheliegend erscheint: Wir halten uns einfach an das Gesetz. Als Nationen, die dem Römischen Statut beigetreten sind, werden wir die Haftbefehle des IStGH befolgen. Diejenigen, die keine Vertragsparteien des Römischen Statuts sind, werden dennoch anerkennen, dass wir Verpflichtungen gegenüber dem Internationalen Gerichtshof haben, und alles tun, einschließlich Verfolgung und Ermittlungen auf unserem heimischen Boden, um die Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen sicherzustellen. Und die zweite Maßnahme der The Hague Group ist, keine Waffen zu transferieren. Im Wesentlichen bedeutet dies, dass man unsere Fabriken und unser Land nicht für den Bau von Waffen nutzen darf, die im Rahmen des von Israel verübten Völkermords gegen unsere Brüder und Schwestern in Palästina eingesetzt werden. Und die dritte Maßnahme ist die Verweigerung der Nutzung von Häfen: kein Hafen für Völkermord. Es geht also darum, dass Länder sich zusammentun und

deutlich machen, dass sie ihre Häfen nicht für Schiffe zur Verfügung stellen, die Kerosin oder Waffen nach Israel transportieren, wo diese erneut gegen das palästinensische Volk eingesetzt werden.

AM: Sie haben vorhin erwähnt, dass es bereits als radikal gilt, sich einfach nur an das Gesetz zu halten, und dass dies all diese Angriffe und Drohungen rechtfertigt. Aber es ist buchstäblich das Einfachste, was man tun kann, nämlich das Gesetz blind anzuwenden.

CP: Genau, und das ist wirklich unsere Verpflichtung gegenüber dem Gesetz selbst. Das Gesetz darf nicht nur dann gelten, wenn es um die Verfolgung afrikanischer Staats- und Regierungschefs geht, und wenn es um die Verfolgung westlicher Staats- und Regierungschefs geht, ist es plötzlich eine absurde Idee. Wir müssen diesen Anspruch unbedingt geltend machen: Es geht um das Völkerrecht. Es geht um das multilaterale System. Wie ich bereits sagte, handelt es sich hierbei um Institutionen, die wir vom Westen geerbt haben. Es sind Systeme, die uns als regelbasierte Systeme vermittelt wurden. Wir können uns daher keine Scheinheiligkeit leisten und ein System unterstützen, das einigen Straflosigkeit garantiert. Wir möchten unbedingt darauf hinweisen, dass ein rechtsstaatliches System, das tatsächlich auf Regeln basiert und auf internationalem Recht beruht, keine Augen haben darf. Es muss in der Tat blind sein. Wenn ein Europäer oder Afrikaner die Grundsätze des Völkerrechts oder das Völkerrecht in all seinen Erscheinungsformen verletzt, muss dies von einer zuständigen Behörde gerecht beurteilt werden. Und das ist alles, was wir getan haben. Wir haben an die Institutionen appelliert, die wir geschaffen haben. Und wir müssen dies auch weiterhin tun, denn wir glauben wirklich, und so wurden wir erzogen, dass die Unterdrückung des palästinensischen Volkes auch unsere Unterdrückung ist. Und solange sie nicht frei sind, sind auch wir noch unterdrückt. Mit anderen Worten, unsere Freiheit ist unvollständig. An diesem Ziel werden wir weiterarbeiten, denn im Kern des südafrikanischen Wesens befindet sich ein ausgesprochen einfaches Sprichwort namens Ubuntu. Das Sprichwort lautet: Umuntu Ngumuntu Ngabantu. Ich bin eine Person, weil du eine Person bist. Und in dem Moment, in dem deine Menschlichkeit zerstört wird, in dem Moment, in dem dir deine Würde genommen wird, verliere ich einen Teil von mir, verliere ich etwas Menschliches. Und wir müssen eine Welt schaffen, in der wir die Menschlichkeit des anderen anerkennen. Wir sind dem gemeinsamen Wohlstand verpflichtet. Wir glauben, dass dies eine gerechte Welt wäre. Aber um dorthin zu gelangen, müssen wir sicherstellen, dass die Institutionen, die wir aufgebaut und in unserem Fall geerbt haben, wie vorgesehen funktionieren. Die Regeln, die wir auf Papier festhalten, die glänzenden Bauten, auf die Varsha sich bezieht, sollten etwas bedeuten. Sie sollten nicht nur Worte auf dem Papier sein. Sie sollten Leben retten. Sie sollten ethnische Säuberungen verhindern. Sie sollten Völkermorde verhindern, ob in Palästina oder in Ruanda. Das sind Zustände, mit denen wir nicht leben können. Und wir sollten in der Lage sein, diese zu verhindern. Wenn das Gerechtigkeit ist, sollten wir verfolgt werden, weil wir einen Völkermord verhindern, dann stehen wir auf der richtigen Seite der Gerechtigkeit.

AM: Varsha, viele Länder, von denen ich einen Beitritt erwartet hätte, stehen nicht auf der Liste, vornehmlich solche, die sich sehr deutlich zum israelischen Völkermord in Gaza

geäußert haben. Inwieweit sind Ihrer Meinung nach die Auswirkungen der USA für einen Beitragsverzicht dieser Länder verantwortlich?

VGN: Ja, ich denke, das ist ein großes Problem, denn wir haben gesehen, dass die Regierung der Vereinigten Staaten schon lange vor den Sanktionen von Präsident Trump gegen den IStGH am 6. Februar letzten Jahres Strafmaßnahmen vorgenommen hat. Als Südafrika Anfang letzten Jahres seine historische Völkermord-Konventionsklage gegen Israel einbrachte, hat das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten sofort mit der Einführung eines Gesetzes reagiert, das alle bilateralen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Südafrika auf den Prüfstand stellt. Sechs Monate später, als Spanien, ein Land in Europa, das angeblich Teil des Nordatlantikbündnisses ist, beschließt, seine Häfen nicht für den Transport von Waffen und anderer militärischer Ausrüstung zu nutzen, die gegen das palästinensische Volk eingesetzt werden sollen, sehen wir erneut die Reaktion der Vereinigten Staaten, diesmal unter dem Deckmantel des Außenhandels, indem sie eine Untersuchung einleiten, die fast 2,3 Millionen Dollar pro Verschiffung kosten könnte. Diese Untersuchung läuft übrigens immer noch. Und natürlich sehen wir inzwischen viel dreistere, offen kriegerische Drohungen. Ich denke, es lohnt sich, an dieser Stelle den Gesetzesentwurf zu erwähnen, der nicht angenommen wurde – er wurde im Senat blockiert, aber im US-Repräsentantenhaus verabschiedet – und der viel umfassender war als nur die IStGH-Sanktionen gegen die Institution und ihre Mitarbeiter, der so weit gefasst war, dass er alle Personen und ihre Familienmitglieder betrafte, die sich für Ermittlungen des IStGH gegen die USA und ihre Verbündeten einsetzten oder diese unterstützten, dass ihnen die Visa der Vereinigten Staaten entzogen würden, dass gegen sie dauerhafte Verbote verhängt würden und dass ihr finanzielles Vermögen beschlagnahmt würde. Nun könnte dieser Gesetzentwurf durchaus noch angenommen werden oder vielleicht einen Weg in eine weitere Verordnung von Präsident Trump finden. Das hat meiner Meinung nach weltweit eine abschreckende Wirkung, denn wie wir aus den Abstimmungen in der Generalversammlung der Vereinten Nationen wissen, sind diese drei Maßnahmen nur ein Auszug, genauer gesagt ein kleiner Auszug aus einer viel längeren Liste rechtlicher Verpflichtungen von Staaten gemäß dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs, das weit über 129 Nationen unterzeichnet und mit der Mehrheit in der Generalversammlung angenommen haben. Im Idealfall würden also 129 Nationen der The Hague Group angehören und diese Maßnahmen auf nationaler Ebene durch Gesetzgebung umsetzen. Aber die Diskrepanz zwischen dem, wozu sie sich in den Sälen der UN im Prinzip verpflichtet haben, und den aktuellen Bestrebungen im politischen Bereich hat sehr viel mit der Angst vor einer Abstrafung durch die Vereinigten Staaten zu tun.

AM: Absolut. Nach der Einreichung der Anklagen beim Internationalen Gerichtshof waren die Menschen sehr optimistisch, vor allem nach der Ausstellung der Haftbefehle gegen israelische Staats- und Regierungschefs. Aber wie Sie bereits erwähnten, die aggressive Reaktion Israels, das sich nicht nur weigert, der Anordnung des Internationalen Gerichtshofs nachzukommen, sondern dessen amtierender Präsident auch Sanktionen gegen alle Mitglieder des Gerichts und deren Familien verhängt – amtierende Senatoren drohen sogar mit einer Invasion in Den Haag. Herr Phiri, was sagen Sie konkret zu den Bemühungen der USA, die

Initiative Ihrer Regierung hier völlig zu delegitimieren und auch tatsächlich mit einer Invasion zu drohen, und natürlich zu den Sanktionen, die wir erlebt haben?

CP: Dies sind direkte Angriffe auf das Völkerrecht selbst, aber auch auf die Länder, die das Römische Statut unterzeichnet haben. Letztendlich sind es die Unterzeichnerstaaten des Römischen Statuts, die die Haftbefehle und Urteile des IStGH durchsetzen müssen. Letztendlich werden hier also 15 Mitgliedstaaten effektiv sanktioniert. Und das ist eine Schande. Es ist eine regelrechte Schande, dass diese Länder allein deshalb sanktioniert werden, weil ein Verbündeter der Vereinigten Staaten vor dem Völkerrecht geschützt werden soll. Wir sind der Meinung, dass dies im Widerspruch zu dem steht, wofür die USA selbst stehen. Offensichtlich ist es ein Land der Rechtsstaatlichkeit, ein Land der Gerechtigkeit, aber Gerechtigkeit darf keine Augen haben. Rechtsstaatlichkeit darf keine Augen haben. Und hier bietet sich die Gelegenheit, Gerechtigkeit walten zu lassen und dafür zu sorgen, dass dies auch sichtbar geschieht. Aber leider werden die Gerichte daran gehindert, ihre Arbeit zu tun. Und es ist eine wirklich sehr schwere Anklage gegen die Parteien, die auf diese Weise handeln.

AM: Diese westlichen Mächte haben diese Institutionen angeblich zum Schutz der Menschenrechte und des Völkerrechts geschaffen. Und sie werden gerade zum Gespött. Diese Länder sind viel mehr damit beschäftigt, pro-palästinensische Reden und Journalismus zu kriminalisieren, als den Völkermord zu stoppen. Es ist doch verrückt, einfach so von den USA und Israel delegitimiert zu werden, nicht wahr? Diese Behauptungen, diese sich häufenden Beweise für Kriegsverbrechen einfach zu leugnen und dann zu sagen: Nein, die Anschuldigungen sind völlig unbegründet und in der Tat antisemitisch.

CP: Als wir die Klage einreichten, betonten wir unter anderem, dass eine Einstufung unseres Falls als antisemitisch oder hältlos nicht ausreicht. Man muss wirklich beweisen und zeigen, dass der Fall tatsächlich hältlos ist. Und ich denke, unser Fall spricht wirklich für sich selbst. Wir haben die Beweise gesehen, die von unserem unglaublichen Anwaltsteam vor dem Internationalen Gerichtshof vorgelegt wurden. Die Welt war von den Erkenntnissen gefesselt. Die Worte des Ministers sprachen für sich selbst, es handelt sich um genozidale Natur, die sehr bewusst auf unschuldige Zivilisten abzielt, sehr bewusst die humanitäre Hilfe abschneidet und sehr bewusst ihr Ziel der ethnischen Säuberung verdeutlicht.

AM: Wie haben Sie aus den Erfahrungen Ihres Landes gelernt, um Ihrem Team bei der Ausarbeitung dieses Arguments zu helfen?

CP: Wir erkennen Apartheid, wenn wir sie sehen. Und was wir in Gaza sehen, ist wahrscheinlich schlimmer als Apartheid. Es handelt sich um Apartheid auf Steroiden, aber auch um eine sehr, sehr klare, direkte Absicht, Gaza ethnisch von Palästinensern zu säubern. Und angesichts der Völkermordkonvention fühlten wir uns verpflichtet, dies zu verhindern, und auch in Bezug auf unser innerstaatliches Recht. Wir sind diese Verpflichtung also eingegangen, was nicht bedeutet, dass wir Recht haben wollten. Wir wollten keinen weiteren Völkermord in der Welt erleben. Doch die Welt schaut tatenlos zu. Nicht weit von Südafrika entfernt fand in Ruanda ein Völkermord statt, zu einer Zeit, als sich unsere Demokratie in

einem tiefgreifenden Wandel befand, oder besser gesagt, unser Land befand sich in einem tiefgreifenden Wandel von einem Apartheidstaat zu einer Demokratie. Und zu dieser Zeit sah die Welt tatenlos zu. Und wir alle leben mit diesem Bedauern, dass wir mit ansehen mussten, wie in Ruanda Tausende und Abertausende Menschen getötet wurden. Und mit diesem Bedauern leben wir alle heute. Wir wollen nicht mit einem weiteren Völkermord leben. Wir wollen nicht erneut mit Reue leben, wie wir es in Gaza beobachten. Aber leider haben sich alle unsere Vorhersagen bewahrheitet, alles, was wir vorhergesagt haben, ist in Gaza eingetreten. Und heute liegt Gaza in Trümmern, das Leben unschuldiger Zivilisten, Frauen und Kinder ist unwiderruflich zerstört. Und das ist etwas, das uns alle und die gesamte Menschheit seit jeher verfolgen sollte.

AM: Genau das ist meiner Meinung nach das wirklich Frustrierende an der ganzen Situation, ich meine, die Dauer dieser Verfahren ist selbstverständlich. So etwas geschieht nicht über Nacht. Gerechtigkeit braucht nun einmal eine Weile, bis die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Aber zu sehen, wie Israel die Anweisung des Internationalen Gerichtshofs einfach schamlos und dreist missachtet, angesichts all unserer Vorstellungen von Recht, Moral und Gerechtigkeit, während die USA Israel, genauso wie all seine kleineren Kollaborateure in ganz Europa, noch dabei unterstützen, ist einfach unglaublich. Wir können nichts weiter tun, als Länder wie Ihre und Aktionen wie die der The Hague Group zu unterstützen, allein dazustehen und einfach zu sagen: Wir stehen hinter dem Völkerrecht. Ich meine, ist das so eine verrückte, radikale Vorstellung? Und dann noch der Spott, der von westlichen Mächten geäußert wurde, über diese Institutionen, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurden, um zu versuchen, diese Gräueltaten zu verhindern. Die Frustration, wenn man sieht, wie jemand wie Netanjahu zu Biden beiläufig sagt: Ihr habt eine Atombombe abgeworfen, warum können wir dann nicht ein Gebiet mit Flächenbombardements angreifen? Und Biden erwidert nur so etwas wie: Ich weiß nicht, guter Punkt, den Sie da ansprechen. Es ist wirklich unglaublich, dass wir im Jahr 2025 mit ansehen müssen, wie täglich solche ungeheuerlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen und live auf unsere Handys gestreamt werden. Und es fühlt sich einfach so an, als wären wir völlig hilflos. Und das ist es, was so motivierend und inspirierend ist.

Varsha, können Sie etwas zur Bedeutung des Globalen Südens bei dem Versuch sagen, die Unantastbarkeit dieser Institutionen zu wahren, angesichts der Tatsache, dass sie in der Vergangenheit hauptsächlich und vor allem gegen afrikanische Länder eingesetzt wurden und von denselben Institutionen, die sie jetzt verletzen, scheinbar zum Schutz der Menschenrechte geschaffen wurden?

VGN: Ja, das ist eine Geschichte, die Chrispin und ich oft erzählen, wenn wir nach unserer Zeit am Internationalen Gerichtshof gefragt werden. Wenn man den Internationalen Gerichtshof betritt, zum Beispiel den Friedenssaal in Den Haag, dann ist das ein wunderschönes Gebäude und ein wunderschöner Raum, der von Buntglasfenstern umrahmt ist, die angeblich eine Millionenspende von Andrew Carnegie waren und die Entwicklung des Friedensideals darstellen. Damit soll die interne Rechtsprechung als Prozess des Fortschritts dargestellt werden sowie die Idee des Rechtsbewusstseins der westlichen Welt,

das in diesen Begriffen sehr stark zum Ausdruck kommt. Das Rechtsbewusstsein der zivilisierten Welt soll Nationen nähergebracht werden, die in diesen Buntglasfenstern noch in der Primitivität feststecken. Und das ist wirklich der Ursprung vieler dieser Institutionen. Und es ist natürlich ziemlich seltsam für mich, als Inderin auf der südafrikanischen Seite in diesem Raum zu stehen und zu denken, dass keines unserer Länder und keiner von uns sich in diesen Buntglasfenstern sehen konnte, die dieses Ideal des Fortschritts in die Welt tragen. Daher denke ich, dass ein Großteil des Schocks, den wir gerade erleben, und der eigentliche Angriff damit zusammenhängen, dass der Globale Süden es gewagt hat, eine westliche Nation und implizit ihre Unterstützer, andere westliche Nationen, vor Gericht zu bringen und sie für genau dieselben Gesetze zur Rechenschaft zu ziehen, die seit jeher gegen die Führer und Regierungen des Globalen Südens angewendet werden. Hier müssen wir uns daran erinnern, dass die Opposition der USA gegen den IStGH nicht universell war. Erst als es gegen die USA selbst eingesetzt wurde, um sie für dieselben Gesetze und Werte zur Rechenschaft zu ziehen, die sie der Welt auferlegen, sagen die Vereinigten Staaten: Ah, ah, nein, da ziehen wir eine Grenze. Das Besondere an der The Hague Group ist, dass diese neun Nationen, von denen einige sehr groß sind, aber viele von ihnen sind auch klein und klein in Bezug auf ihre Wirtschaftskraft und ihre Fähigkeit, der Bestrafung durch die Vereinigten Staaten, den Westen oder andere europäische Nationen standzuhalten, diejenigen sind, die sich aus Afrika, Asien, Lateinamerika und der Karibik eingesetzt haben, und keine dieser neun Nationen hat derzeit ein direktes geopolitisches Interesse an der gegenwärtigen Krise. Für sie ist Israel-Palästina keine Frage der nationalen Sicherheit, keine existenzielle Grenzfrage. Diese neun Nationen haben sich also wirklich zur The Hague Group zusammengeschlossen, um sich für das Völkerrecht einzusetzen. Einfach gesagt, es geht um die Verteidigung der Menschlichkeit. Und wenn wir das zulassen, wenn wir uns in diesem Moment nicht für die Verteidigung des palästinensischen Volkes und für das Recht auf Selbstbestimmung einsetzen, dann verlieren wir die Welt in der Dunkelheit. Und es ist bezeichnend, dass all diese neun Nationen aus dem globalen Süden stammen, denn wir sehen, dass die heutige Situation der Palästinenser an dunkle Kapitel unserer eigenen Geschichte erinnert, sei es Militärherrschaft oder Kolonialismus. Wir haben diese Form der Bedrohung durch Vertreibung und den Diebstahl unseres Landes erlebt, und wir sehen, dass dies in unterschiedlichen Formen erneut geschieht, wie Chris über Südafrika und die Apartheid berichtet hat. Daher glauben wir, dass es an der Zeit ist, einzutreten.

Ein Punkt ist der Begriff des kollektiven Handelns. Die Frage, ob die Vereinigten Staaten ihre Strafe antreten, wird immer wieder gestellt. Und natürlich ist es wichtig, sich daran zu erinnern, denn es zeigt uns die Fragilität der internationalen Institutionen, die wir heute geschaffen haben. Natürlich gibt es die Vereinten Nationen, aber die Generalversammlung kann letztlich nur als beratendes Gremium fungieren, das dann abgewiesen wird, selbst wenn eine Mehrheit der Generalversammlung der Meinung ist, dass die rechtlichen Verpflichtungen der Staaten darin bestehen, all diese Maßnahmen durchzusetzen. Und diese Liste von Maßnahmen ist viel länger als die drei Maßnahmen, die die The Hague Group jetzt verabschiedet hat, aber sie läuft ins Leere, wenn man die Vereinigten Staaten im Sicherheitsrat hat, die jederzeit und nach Belieben ihr Veto einlegen können. Man kann einen internationalen Strafgerichtshof eine Anordnung erlassen lassen, aber das hat keine

Auswirkungen, wenn sich so viele Mitgliedstaaten einfach der Durchsetzung dieser Anordnungen verweigern und sagen: Natürlich lassen wir Netanjahu über unseren Luftraum fliegen, wir bringen ihn in die Schweiz und bieten ihm eine Bühne. Wir sind Polen, Österreich und Ungarn, die sagen: Ja, wir werden diesen Anordnungen einfach nicht Folge leisten und ihn in unserem Land willkommen heißen. So erkennt man wirklich die völlige Zerbrechlichkeit der internationalen Institutionen, die wir inzwischen geschaffen haben, und die uns zwingen, auf nationaler Ebene gemeinsam zu handeln, um die internationalen Institutionen zu stärken und zu transformieren, damit sie endlich beginnen können, allen Völkern der Welt gleichermaßen zu dienen, und zwar in dem Sinne, in dem sie wirken sollten.

AM: Herr Phiri, in diesem Zusammenhang ist zu bedenken, dass die USA die Macht über diese Institutionen haben, wie wir bereits besprochen haben. Ich meine, Trump arbeitet jetzt ausgerechnet mit Elon Musk zusammen. Er ist der südafrikanische Oligarch. Die Amerikaner bekommen gerade den Zorn von Musks Ideologie zu spüren. Die Amerikaner werden jahrelang unter seiner innenpolitischen Agenda leiden, aber er spielt auch eine übergroße Rolle in der Außenpolitik. Er ist ein Rüstungsunternehmer. Er erhält Milliarden an Subventionen von der US-Regierung und steht Netanjahu außerordentlich nahe. Was halten Sie von diesen Maßnahmen und der Verfolgung dieses Falls in der neuen politischen Landschaft?

CP: Wir sind ein souveräner Staat, und unsere Souveränität wurde, das muss ich Ihnen nicht sagen, mit viel Blut erkämpft. Das neue Südafrika, das Sie heute sehen, ist ein Land, das aus der Solidarität der Welt, aber auch aus großen Opfern entstanden ist. Und das sind Prinzipien, an die wir glauben, nicht weil sie attraktiv sind oder schön aussehen, sondern weil sie uns befreit haben und dies unser Beitrag zur Welt ist. Wer also glaubt, er könne diesen Glauben der Südafrikaner bremsen, der irrt sich. Dieser Glaube hat Südafrika entstehen lassen und er hat funktioniert. Es hat viel Zeit in Anspruch genommen. Es ist noch nicht abgeschlossen, aber es ist ein Glaube, den wir weiterhin verfolgen werden, weil er uns als Südafrikaner ausmacht.

AM: Zuvor sprachen Sie von dieser Art Transparenz, die Trump bietet, die eigentlich nur die Maske der Aggressivität und das wahre Gesicht des Imperiums offenbart. Biden hat die Maske des Humanismus und der Menschenrechte getragen, das sehen wir bei der neoliberalen Ordnung, aber Trump kommt einfach wie ein Elefant im Porzellanladen daher und sagt einfach, wie es ist – ganz klar. Es gibt keinerlei Unterschiede zwischen Trumps Plan und den Absichten der Demokraten, die Netanjahus Kabinett einen Blankoscheck mit den Waffen zur Durchführung dieses völkermörderischen Angriffs ausstellen wollten. Möchten Sie noch etwas zum Ernst der Lage und dem Übergang zu diesem neuen Regime sagen, in dem die Geschehnisse etwas transparenter sind?

VGN: Tatsächlich ist es ziemlich frustrierend, sich jetzt viele Nachrichtenberichte anzusehen, in denen es heißt: Oh, die Vereinigten Staaten haben gleich nach dem Amtsantritt von Präsident Trump das Völkerrecht aufgegeben. Natürlich haben die Vereinigten Staaten das Völkerrecht schon lange vor den Sanktionen von Präsident Trump gegen den IStGH vom 6.

Februar aufgegeben. Was wir jetzt erleben, ist, dass mit einem riesigen Vorschlaghammer aktiv versucht wird, jeglichen Anschein internationaler Institutionen, die wir jetzt haben, zu zerstören. Das mag sich unter Präsident Trump etwas beschleunigen, aber für viele von uns im Globalen Süden, die dies am eigenen Leib erfahren haben, ist es einfach diese Logik der Bestrafung für den Versuch, uns selbst zu befreien. Wenn man sich die Geschichte ansieht, dann hat natürlich selbst Biden mit 18 Milliarden Dollar den Völkermord finanziert und von seinem offiziellen Sitz im Weißen Haus aus Lügen über enthaftete Babys wiederholt, die weithin als widerlegt galten. Es steht also außer Frage, dass dies eine Fortsetzung der US-Außenpolitik ist, doch es ist ein echter Moment der Klarheit in der letzten Runde dessen, was wir als das Imperium ohne Maske bezeichnen können. Nützlich daran ist vielleicht, dass es die europäischen Nationen, die bisher nur Reden geschwungen haben, nun endlich dazu zwingt, eine Entscheidung zu treffen, denn viele von ihnen wollen jetzt nicht mehr auf derselben Seite wie Präsident Trump agieren, gerade weil er so dreist ist und sich wie ein Elefant im Porzellanladen aufführt, und sind nun gezwungen zu sagen: Nein, nein, was Präsident Trump sagt, ist falsch und wie kann er den IStGH angreifen? Und so weiter und so fort, da sie früher natürlich viel, viel zögerlicher gewesen wären, mit dieser, wie wir sie nennen könnten, Nordatlantischen Allianz zu brechen. Aber es ist meiner Meinung nach auch nützlich, zu prüfen, ob dies insgesamt eine neue Entwicklung ist, nicht nur im Fall Palästinas, sondern wirklich in Bezug auf die US-Außenpolitik. Und Sie sehen, dass dies nicht der Fall ist, allein im letzten Jahr, beispielsweise in Honduras, wo unsere Freunde wie Elon Musk, Krypto-Milliardäre aus Kalifornien, ein ganzes Stück Land in Besitz genommen haben, um ihre eigenen Mikronationen zu gründen, und als die honduranische Bevölkerung erklärte: Nein, wir werden unser Land zurücknehmen und Sie müssen sich wie jeder andere Bürger verhalten und dürfen auf unserem Land keine eigenen Imperien errichten, dann droht ihnen eine Klage aus Washington, D.C., die von unseren Institutionen wie der Weltbank unterstützt wird. Wenn man noch weiter in der Geschichte zurückgeht, wird deutlich, was gegenwärtig in Südafrika passiert, aber schauen Sie sich zum Beispiel Simbabwe an. Der Grund, warum sie seit drei Jahrzehnten unter Sanktionen leiden, war der Versuch, eine Landreform durchzuführen und Land zurückzunehmen, das zu 88 % im Besitz weißer Siedlerfamilien war. Die Vereinigten Staaten und andere europäische Nationen hatten Angst, dass Südafrika dasselbe tun würde. Und eine sehr kleine Version davon spielt sich derzeit in Südafrika ab. Und sie reagierten sofort mit einseitigen Sanktionen. Die Logik der Bestrafung für die Befreiung ist also etwas, das in unseren Geschichtsbüchern allgegenwärtig ist. Aber die Tatsache, dass Präsident Trump die Dinge jetzt beim Namen nennt, ist hoffentlich ein klärender Moment, vielleicht nicht so sehr für den Globalen Süden, aber zumindest für das Nordatlantische Bündnis, das durchaus zerbrechen könnte.

AM: Varsha, was sind die nächsten Schritte? Was sind Ihrer Meinung nach die größten Hindernisse für Gerechtigkeit bei der Verfolgung dieser Maßnahmen? Und wie geht es für die Gruppe weiter?

VGN: Wir rufen jetzt jede einzelne Nation und jede einzelne Regierung mit Gewissen dazu auf, sich uns bei der Verteidigung dessen anzuschließen, was wir als Verteidigung des Völkerrechts und als Verteidigung der Menschlichkeit betrachten. Wir wissen, dass es um die

Grundprinzipien der Charta der Vereinten Nationen geht, die für jede einzelne Nation dieser Welt gelten und das Recht aller Völker der Welt auf Selbstbestimmung verankern. Diese Rechte werden derzeit mehr denn je von Trump aktiv bedroht, mit seinen Äußerungen über die Annexion und den Kauf und die Übernahme von Gaza. Wenn also zu Beginn der Gründung der The Hague Group, die, wie ich bereits erwähnte, ca. ein Jahr alt ist, Dringlichkeit bestand, so hat sich diese Dringlichkeit meiner Meinung nach in den letzten Wochen mit den Äußerungen aus dem Weißen Haus nur noch verschärft. Daher brauchen wir jetzt mehr denn je ein kollektives Handeln der Staaten, denn die Bestrafung einzelner Staaten kann zwar eine ernstzunehmende Abschreckung darstellen, aber diese Abschreckung verliert an Wirkung, wenn die Zahl der Nationen, die zusammenstehen, wächst. Denn letztendlich werden die Vereinigten Staaten feststellen, dass sie, wenn sie anfangen, jedes einzelne Mitglied der The Hague Group zu bestrafen, sich selbst isolieren, wenn die The Hague Group die ganze Welt und alle Kontinente, die auf der Seite Palästinas stehen, erfasst und eine klare Trennlinie zwischen dem Rest der Welt, der auf der richtigen Seite der Geschichte steht, auf der Seite Palästinas, und Israel und den Vereinigten Staaten, die sich isoliert wiederfinden, zieht. Für uns von der The Hague Group ist dies eine offene Einladung an alle Nationen, sich uns in diesem Engagement für das Völkerrecht und für den Aufbau einer Rechtsordnung anzuschließen, die die Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit für alle Völker auf der ganzen Welt aufrechterhält.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail: PayPal@acTVism.org
g

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVis>
m

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org

Thank you for reading this transcript. Please don't forget to donate to support our independent and non-profit journalism:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.

Bank: GLS Bank

IBAN: DE89430609678224073600

BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail:

PayPal@acTVism.org

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVism>

BETTERPLACE:

Link: [Click here](#)